

Bericht des Fraktionsvorsitzenden Uwe Klein an die Mitgliederversammlung am 20.08.2020 für den Zeitraum ab dem 10.05.2019

(Die für 27.03.2020 geplante Jahreshauptversammlung der FDP Heusenstamm musste wegen der Corona-Pandemie auf den neuen Termin werden)

Mein Fraktionskollege Dr. Rudolf Benninger und ich waren im Berichtszeitraum weiterhin in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) und den Ausschüssen sehr aktiv. (Dr. Benninger vertritt uns im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss, ich im Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss (HFA)).

Die Konstellation im Stadtparlament, dass wir mit unseren beiden Stimmen der sog. Kooperation aus SPD, Grünen und Freien Wählern bei deren Anträgen oder bei Magistratsvorlagen zu einer Mehrheit verhelfen können, dauert weiter an. Stimmen wir gegen Beschlussvorlagen der Kooperation oder des Magistrats, weil wir die beantragten Beschlüsse für falsch halten, finden diese keine Mehrheit, wenn auch die beiden weiteren Oppositionsparteien CDU und AfD diese ablehnen.

Die SPD konstruiert daraus den Vorwurf, FDP und CDU würden eine Mehrheit nur mit der AfD haben. Eine von uns für richtig gehaltene Haltung wird aber nicht dadurch falsch, dass sie sich mit der einer anderen Partei, und sei es auch die AfD, deckt. Dies gilt auch für Wahlen, wie die des ersten Stadtrats.

Die Kooperation kann nicht für sich in Anspruch nehmen, mit 18 Sitzen die Mehrheit der insgesamt 37 Sitze im Stadtparlament zu haben, weil die drei Sitze der AfD außen vor zu bleiben hätten. Der Umgang mit der AfD bleibt schwierig. Inhaltlich bringt sie nichts. Ihr Redner schafft es, in der Regel bei jedem Anlass ab dem dritten Satz wieder bei den Flüchtlingen zu sein. Ein anderes Thema hat die Partei ersichtlich nicht. Dies macht eine inhaltliche Auseinandersetzung schwierig. Um ihr dazu nicht auch noch einen Resonanzraum zu verschaffen, bleiben die Reden ihres Fraktionsvorsitzenden mehr oder weniger unbeachtet und ohne Erwiderung.

Bei der Entscheidung über den Haushalt für 2020 in der Stadtverordnetenversammlung am 12.02. wurde ein Kompromiss in der Weise gefunden, dass sich die Kooperation beim gemeinsamen Änderungsantrag von FDP und CDU zum Haushaltsentwurf enthalten haben, die Haushaltssatzung dann mit diesen Änderungen von allen Fraktionen beschlossen wurde, und sich FDP und CDU beim Haushaltssicherungskonzept sowie beim Investitionsplan enthalten haben, damit diese eine Mehrheit finden und der Haushalt damit wirksam werden kann. Von dem Stimmverhalten der AfD hing so nichts ab.

Zum Haushalt 2020

Eine Erhöhung der Grundsteuer von derzeit 450 v.H. auf 740 v.H. nach der Bürgermeisterwahl ab 2022, trotzdem Defizite in den Ergebnishaushalten der Jahre 2020 bis 2023 zwischen 2,0 und 2,8 Mio. Euro, die durch einen weitgehenden Verzehr der Rücklagen ausgeglichen werden sollen, und ein Kreditbedarf von rd. 29,0 Mio. Euro für Investitionen bis

2023 sind die Eckpunkte und Aussichten, die sich nach der Mittelfristplanung für Heusenstamm ergeben.

Ausgerechnet in dieser Situation wurde ein Stellenplan vorgelegt, nach dem neben 27 neuen Stellen im Kitabereich auch noch 14 neue Stellen in der Verwaltung gebildet werden sollten. Die Personalkosten sollen nach dem Haushaltsentwurf für 2020 gegenüber den beiden Vorjahren um rd. 3,5 Mio. Euro steigen. Das Argument, die Bevölkerung in Heusenstamm nehme zu, vermag nicht zu überzeugen. Im „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ wird für die Jahre 2020 bis 2030 bei der Bevölkerungszahl von einem Rückgang um 0,7% ausgegangen. Der Stellenplan sah demgegenüber bei den Verwaltungsstellen einen Zuwachs um 9,5 % vor.

Unsere Zustimmung zum Haushalt haben wir insbesondere deshalb davon abhängig gemacht, dass unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen keine neuen Verwaltungsstellen geschaffen werden. Diese Haltung ist uns nicht leichtgefallen. Damit sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht noch weiter öffnet, sahen wir aber keinen anderen Weg. Der Schaffung weiterer 27 Stellen im Erziehungsbereich haben wir zugestimmt, weil ein gesetzlicher Anspruch auf einen Kitaplatz zu erfüllen ist. Unabhängig davon bestehen etliche Ungereimtheiten bei den Stellen, die neu geschaffen werden sollten. So bieten Nachbesetzungen keinen Anlass, jeweils eine neue Stelle zu bilden.

Bestimmende Themen in der SVV seit Mai 2019

Juni 2019

Die schwierige Haushaltslage vorausahnend hatten wir schon im April letzten Jahres die Einrichtung eines **Arbeitskreises** beantragt, der sich mit der **Entwicklung der Finanzlage** unserer Stadt beschäftigen soll. Ziel sollte sein, Aussagen und Empfehlungen zur Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit zu erarbeiten. Unser Antrag wurde mit 31 von 35 Stimmen angenommen. Trotz des großen Zuspruches haben bislang leider weder der Magistrat noch die anderen Fraktionen diesen Beschluss mit Leben erfüllt. Der Bürgermeister sah das Gremium in erster Linie, um seinen Haushaltsentwurf vorzustellen, wie sich in der ersten Sitzung zeigte, in der nicht einmal alle Fraktionen erschienen. Zu einer weiteren Sitzung lud er kurzfristig für einen Freitag um 20.00 Uhr ein, zu der dann nur der FDP-Vertreter erschien.

Mit der Corona-Pandemie ist nun möglicherweise die Situation eingetreten, die wir bei der Stellung unseres Antrags mit im Blick gehabt haben. Auf unsere Anfrage, wie sich die Corona-Pandemie auf den Haushalt auswirkt, erhielten wir in der SVV am 13.05.2020 noch keine aussagekräftigen Antworten.

September 2019

Der erste **Stadtrat** Uwe Micheal Hajdu wird mit 19 Stimmen **wiedergewählt**. Der Kandidat Thomas Iser erhält mutmaßlich die 18 Stimmen der Kooperation. Wir haben den Amtsinhaber unterstützt. Eine Parallele zur Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen zu ziehen, ist an den Haaren herbeigezogen. Ein Stadtrat muss weder ein Kabinett zusammenstellen noch sich Mehrheiten im Parlament suchen, wie Herr Kemmerich mit einer 5%-Fraktion.

Die SVV stimmt der Einrichtung einer **Naturgruppe in der ev. Kita** Jona mit 10 weiteren Plätzen zu. Die ev. Kirchengemeinde hatte ihren Vorschlag bereits im März eingereicht. Die Vorlage des Magistrats an das Stadtparlament erfolgte erst ein halbes Jahr später. Trotz der vielen fehlenden Kita-Plätzen sah der Bürgermeister offensichtlich keinen Grund zur Eile. In

der Magistratevorlage wurde die Inbetriebnahme voraussichtlich für März 2020 angekündigt. Im Konzept der Gemeinde vom 18.3.2019 wurde die Schaffung der weiteren 10 Plätze noch im selben Jahr für möglich gehalten. Das gilt sicher nicht, wenn man allein für die Beschlussfassung Monate vergehen lässt.

November 2019

Unser Antrag, den Magistrat zu beauftragen, einen Bericht über den **Zustand der Straßen** und der Kanalisation in Heusenstamm zu erstellen und eine Prioritätenliste für Sanierungen nebst groben Zeithorizont vorzulegen, wird einstimmig beschlossen. Der Bericht liegt zwischenzeitlich vor. Andere Beschlüsse harren noch der Umsetzung.

Dezember 2019

Unser Antrag, eine Resolution zu verabschieden, nach der Heusenstamm die Landesregierung dazu auffordert, Mittelzentren im Rhein-Main-Gebiet in ihrer Funktion und Bedeutung zu erhalten und zu stärken und die **zwangsweise Einführung von Kooperationen** für Mittelzentren bei Androhung einer Herabstufung zu Grundzentren und damit verbundenen finanziellen Kürzungen entschieden abgelehnt wird, wird ebenfalls einstimmig angenommen. Die Landesregierung hat ihren Entwurf für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes inzwischen geändert, wobei weiterhin Wachsamkeit gefordert ist.

33 von 37 Stimmen erhielt unser Antrag, dass der Magistrat prüfen und der Stadtverordnetenversammlung berichten soll, ob und auf welche Weise die Stadt bei der Herstellung von **Stromanschlüssen in Garagen** bzw. Garagenanlagen unterstützend tätig werden kann, um die Installation von Lademöglichkeiten (sog. Wallboxen) für Elektroautos zu ermöglichen. Die Initiative gilt insbesondere den Fällen, bei denen sich die Garagen nicht auf dem Grundstück von Wohnhäusern befinden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Längere Diskussionen gab es über die Reitanlage hinter dem Sportzentrum Martinsee. Auf unsere Initiative einigte sich das Parlament bei nur zwei Enthaltungen auf einen gemeinsamen Antrag von FDP und CDU, in dem sich die SVV für den **Erhalt der bestehenden Reitanlage** bzw. der Stallungen hinter dem Sportzentrum Martinsee ausspricht und den Magistrat beauftragt, sich für den Erhalt einzusetzen.

Januar 2020

Mit langer Verzögerung konnte die provisorische Kita an der Rudolf-Braas-Str. im Januar 2020 ihren Betrieb aufnehmen. Bei der Beschlussfassung im April 2019 war von 3-5 Monaten für die dortige Containerlösung die Rede.

Februar 2020

In der Haushaltssitzung nahm zunächst eine Beteiligung unserer Stadt am sog. **Großen Frankfurter Bogen** (GFB) breiten Raum ein. Der Magistrat hatte schon im Dezember die Zustimmung der SVV zu einer entsprechenden Partnerschaftsvereinbarung mit dem Land Hessen beantragt. Auf unsere Initiative hat im HFA im Januar eine Vertreterin des Ministeriums über das Förderprogramm erst einmal informiert. Dabei hat sich ergeben, dass der Magistrat von z.T. unzutreffenden Annahmen ausgegangen ist.

Auf unseren Änderungsantrag hin wurde der Magistrat nun beauftragt zu prüfen, ob eine Beteiligung im Hinblick auf zwei Entwicklungsflächen, nämlich des ehemaligen Fernmeldezeugamt der Post und das ehemalige Brückenausbesserungswerk der Bahn sinnvoll ist und welche Vor- und ggf. Nachteile sich - auch in finanzieller und zeitlicher

Sicht- ergeben. Auch hier gibt es noch kein Ergebnis. Durch das Programm werden in Heusenstamm nicht mehr Wohnungen entstehen. Vielmehr geht es um die Frage, ob Mitnahmeeffekte im Hinblick auf die genannten Flächen möglich sind, deren Entwicklung ohnehin beabsichtigt ist. Im städtischen Eigentum stehende weitere Flächen – wie die des ehemaligen Bauhofs, oder das gegenüber legende sog. Dinkler-Gelände- liegen im Stadtumbaugebiet und sind von einer weiteren Förderung im Rahmen des GFB damit ausgeschlossen.

Würde das Land den Kommunen keine Mittel vorenthalten, sie vielmehr ordentlich finanziell ausstatten, insbesondere um gesetzlich eingeräumte Ansprüche der Bürger (wie den Anspruch auf einen Kita-Platz) abzudecken, brauchten wir keine sog. Förderprogramme. Diese untergraben vielmehr die kommunale Selbstverwaltung. Verwaltungen und Parlamente verbrauchen kostbare Ressourcen, um Förderbescheiden der schwarz/grünen Landesregierung nachzujagen, die dann mit großem Getöse überreicht werden.

Mai 2020

Der Magistrat legt für die neue **am Schwimmbad vorgesehene Kita** in der SVV am 13.05.2020 eine Vorlage zur erforderlichen Anpassung des für das Gebiet bestehenden Bebauungsplanes vor. Damit sind 14 Monate ins Land gegangen seit der Beschlussfassung, an diesem Standort eine Kita zu errichten.

Zur Erinnerung:

Mehrfach hatten wir mit Anfragen und Presseerklärungen nach Alternativen zur Schlossmühle gefragt und den Magistrat im März 2019 aufgefordert, seine Beschlussvorlage vom Dezember 2017, nach der der Umbau gestoppt werden sollte, zu ergänzen und zugleich konkret aufzunehmen, welche Einrichtungen statt der Schlossmühle verwirklicht werden sollen. Erst in der SVV am 03.04.2019 konnte ein Konzept zur Abdeckung des Bedarfs einmütig beschlossen werden. Der Magistrat hat dazu über 15 Monate gebraucht. Viel zu lange und die Eltern ohne Kita-Platz sind zurecht verärgert darüber. Dass es überhaupt zur Vorlage eines Planes zur Deckung des Bedarfes gekommen ist, können wir uns als FDP-Fraktion zuschreiben.

In einer aktuellen Pressemitteilung macht die SPD geltend, bei der Schaffung von Kita-Plätzen hätten Versäumnisse der Vergangenheit beseitigt werden müssen. Dabei übersieht sie geflissentlich, dass sie selbst diese Versäumnisse zu verantworten hat. Hat sie doch in der vergangenen Amtsperiode mit der CDU eine Koalition gebildet, die sich im Koalitionsvertrag die Schaffung weiterer Kita-Plätze auf die Fahnen geschrieben hat.

Eine wenig überzeugende Vorlage des Magistrats sah vor, auf **Betreuungsgebühren** bei den Kitas für den Monat April zu verzichten, da diese wegen Corona seit dem 16.03. geschlossen worden sind. Hintergrund ist, dass die Gebührensatzung einen Wegfall der Gebühren nicht vorsieht, selbst wenn keine Betreuung erbracht wird. Die Kooperation wollte dies auf die Monate Mai und Juni mit erstrecken. Dies sind alles kurzfristige Schein-Lösungen.

Wir haben beantragt, die **Gebührensatzung** in der Weise zu ändern, dass Unklarheiten beseitigt werden, wenn die Leistung nicht erbracht werden. Nur erbrachte Leistungen sollen gebührenpflichtig sein. Dem sind die anderen Fraktionen schließlich gefolgt. Dass dann allerdings auch für eine Notbetreuung Gebühren anfallen, hat die SPD zum Anlass genommen, uns vorzuwerfen, unmoralisch zu sein. Dazu hat sie auch ein herzerreißendes

Flugblatt mit dem Bild einer überforderten Pflegekraft verteilt, der wir die finanzielle Anerkennung vorenthielten.

In Obertshausen hat der Magistrat gleich eine konkrete Satzungsänderung mit vorgelegt wie sie von uns nun gefordert wurde. Die SPD dort hatte kein Problem dabei, diese mit zu beschließen. Sind die Genossen in Obertshausen etwa unmoralisch?

Die Grünen beantragten die Kündigung des **Sandfördervertrages mit Braas**, bzw. mit dem Rechtsnachfolger. Außerdem ging es um die Frage, ob die Wiederverfüllung erfolgen soll. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass der Magistrat die Auseinandersetzung um die vertraglichen Regelungen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck verfolgt hat. Wir wollen, dass die Interessenlage der Stadt und die Möglichkeiten zur deren Durchsetzung tatsächlich und rechtlich geprüft werden. Dazu haben wir einen Änderungsantrag eingereicht, der mit beschossen wurde. Eine Kündigung wurde mehrheitlich -auch von uns- abgelehnt.

Änderungen haben wir in den Stellungnahmen der Stadt zur **Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes und zum Landesentwicklungsplan** durchgesetzt. Dabei hat uns geholfen, dass Mitglieder der Kooperationsfraktionen nicht geschlossen abgestimmt der die Sitzung vorzeitig verlassen haben. Wir wollten insbes. nicht, dass in den Stellungnahmen indirekt ein Familienzentrum abgesegnet wird und in Verbindung mit einem zweiten S-Bahnhof einer verdichteten Bebauung das Wort geredet wird. Außerdem war uns wichtig, dass deutlich wird, dass eine Bebauung des ehem. Brückenbauhofgeländes nicht nur mit Wohnungen erfolgen soll.

Juni 2020

Den Stadtverordneten wird ein Konzept des Eigentümers zur **Bebauung des ehemaligen Brückenbauhofs an der Industriestraße vorgestellt. Nach unserem ersten Eindruck kommen andere Nutzungen neben dem Wohnungsbau zu kurz.**

Die Sitzung wird weiterhin durch unsere beiden Anträge zum Pfarrheims St. Cäcilia und zum Feuerwehrhaus bestimmt.

Bereits im Juni 2018 hat die SVV -mit unseren Stimmen- der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Nutzung der Fläche des jetzigen **Pfarrheims St. Cäcilia** zugestimmt, nach dem die Kirchengemeinde nach Alternativen zu ihrem bisherigen Konzept für ihr Grundstück suchte. Im November 2018 stimmte die SVV der vorgelegten Machbarkeitsstudie als Grundlage für weitere Sondierungen zu. Wir haben in der Aussprache deutlich gemacht, dass damit kein Präjudiz für eine Zustimmung zu dem Projekt verbunden ist.

Unter dem 28.02.2020 hatten wir einen umfassenden Fragenkatalog zu dem Projekt an den Magistrat gerichtet. Insbesondere wollten wir wissen, ob es zutrifft, dass seitens der katholischen Kirche bzw. des Grundstückseigentümers keine Absicht mehr besteht, am Standort des jetzigen Gemeindezentrums St. Cäcilia ein neues Gemeindezentrum für die katholische Kirchengemeinde zu errichten oder ein solches zu betreiben?

Wir haben die Befürchtung, dass der Bürgermeister uns hier vor vollendete Tatsachen stellen will, ohne die SVV zuvor weiter zu beteiligen. So enthält die Investitionsplanung bereits für 2021 Mittel für eine Schulkindbetreuung an diesem Standort und für den Abriss des

Gebäudes. In den Antworten des Magistrats hieß es, die kath. Kirchengemeinde habe noch keine abschließende Entscheidung mitgeteilt.

Wir haben daraufhin beantragt, bei der kath. Kirche bis zur Sitzung im September eine Klarstellung zu erwirken. Weitere Sondierungen zu dem Projekt ohne Beteiligung der Kirche sollen nur nach vorheriger erneuter Beschlussfassung durch die SVV über ein geändertes Konzept erfolgen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ebenfalls unter dem 28.02.2020 hatten wir einen umfassenden Fragenkatalog zum **Feuerwehrhaus** eingereicht. Hier ist über ein Jahr vergangen, seit dem der Bürgermeister über die Presse verkündet hat, ein Investor würde am Kreisel des Sportzentrums Martinsee zusammen mit einem Supermarkt und einer Drogerie ein neues Feuerwehrhaus bauen und der Stadt überlassen. Die Konditionen seien günstiger als eine Erweiterung und Sanierung des bestehenden Feuerwehrhauses käme. Letzteres zu planen hat die SVV den Magistrat bereits am 17.05.2017 beauftragt. Wir wollten wissen, bis wann hier Klarheit herrscht und ob die Feuerwehr solange warten kann.

Die Antworten waren denkbar unbefriedigend. Ein Zeithorizont für die Realisierung eines Feuerwehrgebäudes an einem anderen Standort konnte nicht genannt werden. Ob die Feuerwehr auf unbestimmte Zeit mit dem Status Quo leben könne, blieb unbeantwortet. Wir haben daraufhin einen Antrag eingereicht und darum gebeten, dass Verantwortliche der Feuerwehr gehört werden, was denn auch im Ausschuss geschah. Dabei wurde deutlich, dass die Feuerwehr eine konkrete Perspektive benötigt. Nach einem eingeholten Stimmungsbild befürworteten die Mitglieder der Feuerwehr mehrheitlich einen Neubau am jetzigen Standort.

Unser Antrag beinhaltet, dass der Beschluss vom 17.05.2017 unter Berücksichtigung von seitdem eingetretenen Veränderungen realisiert werden soll. Sofern der Magistrat einen Neubau an anderer Stelle verfolgen will, solle bis zur Gremienrunde im September ein Konzept zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Diesem Antrag haben - bis auf die AfD – ebenfalls alle Fraktionen zugestimmt.

Weitere Anfragen der FDP-Fraktion

Unter dem 25.11.2019 fragten wir nach dem Stand zur Vorbereitung auf das Konsultationsverfahren betreffend die **Verlegung von Flugrouten** über Heusenstamm. Eine weitere Anfrage betraf den Stand des Vertrages der Stadt mit der AWO zur **Kita beim Seniorenzentrum**. Wegen der langen Laufzeit hat dieser ein sehr großes wirtschaftliches Gewicht. Wir wollen sichergestellt wissen, dass sich die Kosten im Rahmen dessen halten, was beschlossen worden ist.

Resümee:

In der Summe hat sich in Heusenstamm im vergangenen Jahr generell kaum etwas bewegt. Die Bilanz der Kooperation und des Bürgermeisters ist dürftig.

Bei der Stadtentwicklung verheddert man sich im Förderdschungel der schwarz-grünen Landesregierung.

Der Haushalt ist nicht konsolidiert, wie in einer Zwischenbilanz vom Januar 2019 behauptet wird. Beim Stellenplan mussten wir die Notbremse ziehen.

Bei der Schaffung benötigter Kitaplätze hat die FDP-Fraktion den Bürgermeister zum Jagen tragen müssen, damit ein Konzept zur Deckung des Bedarfs vorgelegt wird. Wenn die SPD geltend macht, es hätten Versäumnisse der Vergangenheit beseitigt werden müssen, so handelt es sich um ihre Vergangenheit. Sie hat in der letzten Amtsperiode mit der CDU die Mehrheit gestellt.

Damals freute sie sich, nach 40 Jahren wieder einen Fuß in die Tür bekommen zu haben und wollte beweisen, dass man mitgestalten könne. Viel ist dabei bislang nicht herausgekommen. Sie will ihre Position und das Bürgermeisteramt „in ihrer Hand“ offenbar mit Zähnen und Klauen verteidigen. Dabei schreckt sie nicht davor zurück, uns zu verunglimpfen und sich moralisch über uns zu erheben. Sie rückt damit in die Ecke derjenigen, die sie zu bekämpfen vorgibt.

Wir haben mit unseren zahlreichen Initiativen als kleinste Fraktion wichtige Themen aufgegriffen und vorangebracht. Das wir richtig liegen, zeigt nicht zuletzt, dass unsere zahlreichen Anträge weit überwiegend die Zustimmung der anderen Faktionen gefunden haben.

Bei der Kommunalwahl streben wir an, die Zahl unserer Mandate zu erhöhen und auch wieder im Magistrat vertreten zu sein.

Wir sind sicher, dass die Bürger von einer gestärkten FDP mit unserer sachlichen und vorausschauenden Arbeit im Stadtparlament und zukünftig hoffentlich auch wieder im Magistrat profitieren werden.

Heusenstamm, den 19.08.2020
Uwe Klein